

Textilarbeiter-Zeitung

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Verbandsmitglieder erhalten die Zeitung unentgeltlich. Bestellungen durch die Post für das Vierteljahr 3 Mark.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Schriftleitung: Düsseldorf, Kontordiastraße Nr. 7. Fernruf Nr. 4423. Telegramme: Textilverband Düsseldorf.

Verlag: E. M. Schiffer, Düsseldorf, Kontordiastraße 7. Druck und Versand Joh. van Helden, Crefeld, Luth. Kirchstraße Nr. 63-65. Fernruf: 4692.

Wohin treiben wir?

Diese Fragen stellen sich Millionen Deutsche, die um das Schicksal ihres Vaterlandes ernstlich besorgt sind. Wir sitzen auf einem Pulverfaß, und eine kleine Gruppe von Fanatikern und rücksichtslosen Gewaltmenschen, denen sich in der Reichshauptstadt eine Menge recht zweifelhafter Elemente angeschlossen hat, hält die Lunte zum Anzünden bereit. Bereits ist es am 6. Dezember in Berlin zu blutigen Zusammenstößen zwischen Anhängern der Spartakusgruppe und bewaffnetem Militär gekommen. Die Spartakussekte hehete in der unverantwortlichsten Weise. Sie bedrohten bereits Mehrheitssozialisten mit dem „Aufhängen am Laternenpfahl“. Sie injizieren Streiks und Putzche. Für sie ist die richtige Revolution erst da, wenn der Bürgerkrieg mit Blutvergießen einsetzt. Ist es ein Wunder, wenn andersdenkende Menschen auf die Idee kommen, der rohen Gewalt der Spartakussekte mit Gewalt entgegenzutreten? Es ist besonders schlimm, daß sich gerade in Berlin diese betrübenden Dinge ereignen. Berlin ist der Sitz der Zentralgewalt und der „vorläufigen Regierung“. Sich hört ereignende blutige Vorkommnisse haben leicht internationale Entwicklungen im Gefolge und schaffen den Gegnern den Vorwand, weiter in Deutschland einzudringen und die Ruhe und Ordnung herzustellen. Hinzu kommt das Treiben eines Adolph Hoffmann, von dem die sozialdemokratische „Rheinische Zeitung“ am 5. Dezember ds. J. schreibt, „daß es zum Heulen ist, was dieser Mann jetzt anrichtet“. Die Hoffmann und Konforten“, schreibt das genannte Blatt weiter, „gleichem dem bekannten Bierföhler im Porzellanladen. Sie setzen an die Stelle der Freiheit den Zwang, an die Stelle der Verständigung die Diktatur.“ Die Gefahr, von der kürzlich an dieser Stelle geschrieben wurde, daß sich Landesteile vom Reich loslösen, ist fast Tatsache geworden. Wir sind gewiß keine Freunde von diesen Loslösungsbestrebungen, weil sie die Einheit und Wirtschaftskraft Deutschlands schwächen. Die Verantwortung für all diese Dinge tragen aber die unerhörten Vorgänge in Berlin. Mit jedem Tag wird es klarer, daß die aller schnellste Einberufung der Nationalversammlung das dringendste Gebot der Stunde ist. Jeder Tag der Verzögerung bringt uns vermehrte Schwierigkeiten und ernste Gefahren.

Wo stehen wir? Was hat uns die Revolution bis jetzt gebracht? Es ist notwendig, mal offen auszusprechen, was ist. Besonders deshalb, weil in dem ersten Taumel und teilweise auch jetzt noch, weite Arbeiterkreise sich Hoffnungen hingegeben haben und noch hingeben, die vollständig trügerisch sind.

„Die Revolution hat uns den Frieden gebracht. Sie brachte uns die Freiheit, verschafft uns Menschenrechte und bringt uns Arbeitern eine bessere wirtschaftliche Zukunft.“ Diese Redensart kann man öfter hören. Wie steht es nun damit?

Der Wahrheit halber muß zunächst festgestellt werden, daß nicht die Revolution uns den Frieden gebracht hat. Das Waffenstillstands- und Friedensangebot war bereits mehrere Wochen vor Ausbruch der Revolution von der alten Regierung der Mehrheitsparteien des Reichstages, mit dem Reichskanzler Prinz Max von Baden an der Spitze, gemacht worden. Diese Regierung wollte allen Ernstes den Frieden und bemühte sich mit aller Kraft darum. Alle einsichtigen Menschen, allen voran die genannte Regierung, waren sich klar darüber, daß wir den Krieg nicht mehr fortsetzen konnten. In dem Augenblick aber, als die Waffenstillstandskommission bereits unterwegs war, um die Bedingungen in Empfang zu nehmen und darüber zu „verhandeln“, brach die Revolution aus. Braucht man also zu betonen, daß der gewählte Augenblick der aller ungeeignetste war? Die Revolution hat uns also den Frieden nicht gebracht; wohl aber schärfere Bedingungen!

Wie steht es nun mit der Freiheit und den Menschenrechten, welche die Revolution uns gebracht hat, bzw. noch bringen wird? Auch davon ist wenig zu spüren. Freiheit ohne Ordnung und freiwirtschaftliche Unterordnung ist der Tod gemeinschaftlichen Lebens. Wir haben jetzt einseitige Diktatur. Wie die Spartakussekte und ein großer Teil der Unabhängigen wütet, ist unklar. Wie wollen die im ersten Teil dieses Artikels

gemachten Ausführungen nicht wiederholen. Die Aufrechterhaltung der einseitigen Gewalt Herrschaft steht den meisten der derzeitigen Machthaber höher, als das Wohl des gesamten Volkes. Der Kampf um den Termin der Nationalversammlung beweist dieses. Um die Freiheit und Menschenrechte würde es ohne Revolution besser stehen, wie jetzt. Die frühere Regierung unter Prinz Max von Baden hatte bereits eine ganze Anzahl wichtiger sozialistischer Reformen eingeführt. Im übrigen hatte die Regierung die feierliche Erklärung abgegeben, daß die Umwandlung Deutschlands in einen Volksstaat, der an politischer Freiheit und sozialer Fürsorge hinter keinem Staate der Welt zurückstehen solle, entschlossen weitergeführt würde. Diese freiheitliche, planmäßige Umwandlung hat die Revolution gewaltsam zerstört. Sie brachte uns statt wirklicher Freiheit wilde Anarchie!

Und nun die bessere wirtschaftliche Zukunft der Arbeiter? Die Zukunft sieht geradezu trostlos aus. Die schönsten Freiheiten allein nützen uns nichts, wenn wir kein Brot und keine lohnende Arbeit haben. Durch die Revolution ist zum großen Teil eine Unordnung in unser durch tausend Verbindungsfäden mühsam zusammengehaltenes Ernährungsweisen gekommen. Ohne Zufuhr stehen wir in absehbarer Zeit vor einer Hungersnot. Fällt die Unordnung und Unsicherheit im Lande an und kommt nicht aller schnellstens eine in freier Wahl vom ganzen Volke gebildete Regierung zustande, liefern uns die Gegner nichts. Folgen der Revolution! — Unser Wirtschaftsleben liegt total darnieder. Es blutet aus tausend Wunden. Wir haben keine Einfuhr und keine Ausfuhr. Die Handelsbeziehungen sind auf längere Zeit hinaus zerstört. Teuerung und Geldentwertung sind groß. Rohstoffe sind wenig im Lande. Auf uns lastet eine riesige Schuldenlast, welche durch die zu zahlenden Entschädigungen ins Ungemessene gesteigert wird. Unter diesen Umständen müssen wir uns sagen, daß die wirtschaftliche Zukunft wenig Lichtblicke für die Arbeiter enthält. Recht bezeichnend ist auch, daß bei der Frage der Sozialisierung der Betriebe ruhigdenkende Sozialdemokraten zugeben, daß diese Frage zum großen Teil an der trostlosen Lage der Industrie scheitert. Wir müssen zunächst Arbeit und Beschäftigungsmöglichkeit haben. Unserer großen Eisenindustrie stehen durch die Wäperrung, besonders von Lothringen und Luxemburg, nur ein kleiner Teil Eisenerze zur Verfügung. Die Menge beträgt etwa nur ein Sechstel des früher benötigten Quantums. Der Sozialdemokrat Hue schrieb z. B. im Bochumer „Volksblatt“ am 5. Dezember 1918:

„Man sagt nicht zuviel, wenn man behauptet, daß unsere Grobbleisen- und Stahlindustrie mit ihren weitverzweigten Zulieferwerken vor dem nahen Konkurs steht, wenn ihr nicht durch raschen Abschluß eines Vorfriedensvertrages die Möglichkeit verschafft wird, sich wenigstens einigermaßen ausreichend mit metallischen und anderen Roh- und Halbrohstoffen aus dem nahen und fernem Ausland zu versorgen.“

Wir sehen hieraus, wie die Blockade wirkt. Aber auch nach Aufhebung der Blockade sind die Zustände sehr schlecht für uns. Nun kann man für die Zustände gewiß nicht die Revolution an sich verantwortlich machen. Es muß aber gesagt werden, daß die Begleiterscheinungen und Auswirkungen der Revolution die traurige Lage unserer Industrie und unseres Wirtschaftslebens ganz gewaltig verschlimmert haben. Der Ausbruch der Revolution hat die Durchführung der Demobilisierung aufs stärkste gestört und das Arbeiten nach einem bestimmten Plan unmöglich gemacht. Das Durcheinander wurde dadurch gewaltig vermehrt und in der Etappe usw. wurden außerordentlich viele Militärgüter und Lebensmittel zurückgelassen. Durch anfängliche Plünderungen und Zerstörungen ist weiterer großer Schaden entstanden. Hinzu kommt die vielfach zu Tage tretende unheilvolle Geldwirtschaft der U.S.R. Zu erwähnen sind ferner die wilden Streiks und Putzche, Terror u. Das Machtbewußtsein vieler mißleiteten Arbeitergruppen ist in Folge der Revolution bis ins Krankhafte gestiegen. Berrauf und Ueberlegung sind zum Teufel gejagt. Wenn auf diese Weise unser total kranker Wirtschaftskörper zugelegt wird, geht es totlicher in den Abgrund hinein. Die „Soziale Praxis“ schrieb vor kurzem, daß wir durch solche Vorgänge „drauf und dran sind, ein Volk von Bettlern und von Sklaven zu werden“. Wir sehen also auch hier, wie die Revolution Auswirkungen zeitigt,

welche unsere wirtschaftliche Zukunft nicht nur bedrohen, sondern geradezu in Frage stellen.

Wir begrüßen alle von Herzen, daß das früher gespannte Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer beseitigt ist und sehr wichtige soziale Fortschritte auf dem Wege der freien Vereinbarung zwischen den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen erzielt sind. Diese Fortschritte können uns aber nur dann voll zu Gute kommen, wenn wir gemeinsam an dem Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens arbeiten. Wir müssen aufbauen; nicht niederreißen! Ein Niederreißen unseres Wirtschaftslebens stellt die erzwungenen sozialen Fortschritte in Frage. Einstweilen ist u. a. der Achtstundentag zwar ein großer Fortschritt, aber andererseits jetzt doch hauptsächlich ein Mittel, die Arbeit zu strecken und größere Arbeitslosigkeit zu verhindern. Später haben wir mit der Auslandskonkurrenz noch viel mehr zu rechnen wie früher. Werden nun die anderen Länder ebenfalls der Einführung des Achtstundentages zustimmen? Wir haben wenig Hoffnung auf das Zustandekommen eines solchen internationalen Beschlusses. Wie würde nicht der Beginn der Revolution bei uns von radikaler Seite darauf hingewiesen, daß die Revolution in allen Ländern ausbrechen würde. Die rote Internationale versagte aber glatt. Nach Lage der Dinge können wir uns auch noch kaum zu dem Glauben aufschwingen, daß beim Friedensschluß eine internationale Vereinbarung über den Achtstundentag zustande kommt. Wir wünschen allerdings, daß wir uns hierin täuschen möchten. Im übrigen aber, das muß ebenfalls betont werden, bedürfte es zum Zustandekommen einer solchen evtl. internationalen Vereinbarung, keiner Revolution.

Wir christlichen Arbeiter und Arbeiterinnen streiten entschieden für die Arbeiterrechte. Wir bestehen darauf, daß uns vom Ertrage der Arbeit dasjenige zufällt, was bei Aufrechterhaltung einer geordneten und produktiven Wirtschaftsweise möglich ist. Ausnutzung, Gewinnjucht, Raubgeist und Frohntum werden in uns stets einen kampfbereiten Gegner finden. Eine andere Gesinnung wie früher muß in unserem Wirtschaftsleben Platz greifen. Jetzt aber muß unsere erste Sorge sein, das Wirtschaftsleben in Gang zu halten. Es sieht überaus traurig aus. Die Revolution führt uns, wenn es so weiter geht, in den Abgrund. Darum müssen wir Anhänger der christlich-nationalen Arbeiterbewegung jetzt voll und ganz unsere Pflicht tun. Nur treue Pflichterfüllung, verbunden mit strebsamer Arbeit, können uns aus diesen trüben Zuständen retten. Dasjenige, was Deutschland früher groß gemacht hat, gilt in vermehrtem Maße für die Zukunft. Möge die Selbstbestimmung in allen Kreisen unseres Volkes zum Durchbruch kommen.

Die Sozialdemokratie im Weltkrieg.

Die sozialdemokratische Partei, wie einzelne Parteihäupter, haben im Verlaufe des Weltkrieges verschiedene Wandlungen durchgemacht. Die sozialdemokratische Agitation bemüht sich nun durch Angriffe auf die übrigen Parteien, auf das alte Regiment, das Verhalten der Partei und Führer zu verschleiern und auch ihre Revolution zu rechtfertigen. Zu diesem Zwecke schiebt die Sozialdemokratie die Schuld am Kriege einfach auf die eigenen Volksgenossen und auf die Regierung ab; in verschiedenen Fällen sind ihre Anhänger sogar dazu übergegangen, die rücksichtslose Haltung der feindlichen Mächte nach Eintritt des Waffenstillstandes zu rechtfertigen. Dieses, die deutschen Interessen schwer schädigende Verhalten, fordert zum Widerspruch heraus und zur Feststellung, daß die offizielle Sozialdemokratie bei Ausbruch des Krieges einen anderen Standpunkt eingenommen hat.

Einer der jetzigen Berliner Volksbeauftragten, der viel gewandeltere sozialdemokratische Abgeordnete Haase, hat bei der ersten Kriegstagung des Reichstages am 4. August 1914 ausgeführt, daß die Aufrechterhaltung des Friedens auch den Sozialdemokraten nicht möglich gewesen wäre. Es betonte Johann: Uns drohen die Schrecken der feindlichen Invasion, Millionen von Volksgenossen werden von den Verheerungen des Krieges am schwersten getroffen. Unsere heißen Wünsche begleiten unsere zu den Genuß gerufenen Brüder, ohne Unterschied der Partei. Ihnen allen beizustehen, ihr Schicksal zu erleichtern, erachten wir als eine zwingende Pflicht. Es gilt, die Kultur und Unabhängigkeit unseres Landes sicherzustellen. Die



in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht im Stich. Von diesen Grundfragen geleitet, bewilligen wir die geforderten Kriegskredite.

Der selbe Abgeordnete Haase erklärte im Reichstag am 2. Dezember 1914: Die sozialdemokratische Fraktion steht auf dem Standpunkt ihrer Erklärung vom 4. August. Den Krieg, dessen tiefere Ursache die ökonomischen Interessenengegensätze bilden, haben wir bis zum letzten Augenblick verurteilt. Noch sind aber die Grenzen unseres Landes von feindlichen Truppen bedroht. Daher muß das deutsche Volk auch heute noch seine ganze Kraft für den Schutz des Landes einsetzen.

Auch das sozialdemokratische Hauptorgan, der „Vorwärts“, hat sich wiederholt gegen die Behauptung gewandt, als ob Deutschland die Schuld am Kriege, an seiner langen Dauer habe. In einem Leitartikel vom 1. Dezember 1916 sagte das Blatt: „Es ist nicht wahr, daß der Krieg deshalb solange dauert, weil die deutsche Kriegspolitik den Vernichtungskrieg mit darauffolgenden Eroberungen ins Auge gefaßt hat. Es ist umgekehrt wahr, daß die Gegner noch immer auf einen Zusammenbruch der Mittelmächte rechnen, aus dem sie Vorteile holen wollen und daß der Krieg deshalb solange dauert.“

Der „Vorwärts“ hatte sogar eine Entschuldigung für die Forderung auf Annexionen von Land: „Wenn die Militärs Einverleibungen fordern, so haben sie von ihrem militärischen Standpunkt aus vollständig recht. Käme es noch einmal zu einem Krieg gleich diesem, und stände uns dann der gleiche Mächtebund gegenüber wie diesmal, dann wäre es für die Heeresleitung äußerst nützlich, verschiedene an Deutschland angrenzende Nachbarländer von vornherein als Aufmarschgelände in der Hand zu haben.“

Der Reichstagsabgeordnete Max Cohen-Kreuz, jetzt beim Berliner Soldatenrat, stellte im „Vorwärts“ vom 22. August 1918 fest: England ist der Feind. „Denn selbst politische Blindheit muß nachgerade, unter der brüderlichen Wucht der Tatsachen, einsehen, daß der englische Feind, verstärkt durch das Bündnis mit den Vereinigten Staaten, das deutsche Reich nicht nur mit diesem Krieg niederzwingen will, sondern ihm auch auf Jahrzehnte hinaus nach jeder wirtschaftlichen Arbeit und jedes fernere Gedeihens unendlich zu machen sucht. Deutschland soll nur noch von Großbritanniens Gnaden leben. Das begreifen allmählich auch die, die früher für die westliche Orientierung schwärmten. . . Heer und Volk in Deutschland sind eins und sie werden, wie das auch der „Vorwärts“ in diesen Tagen auseinandersehte, solange gemeinsam standhalten, bis die Feinde sich doch von der Unmöglichkeit, Deutschland niederzuwerfen, überzeugt haben und den Frieden der Beständigkeit annehmen, der bis zur Stunde nur von Deutschland und Rumänien vertreten wird.“

Sehr interessant und bezeichnend für die Stellung der Sozialdemokraten zum Krieg und zu den Kriegszielen sind zahlreich vorliegende Äußerungen hervorragender Führer in der Arbeiterbewegung. Es sei hier nur verwiesen auf die Äußerungen des Genossen Leimpeters in der „Glocke“. Er stellte dort fest: „Ich habe täglich reichlich Gelegenheit, mit unseren Genossen in Schacht und Hütte zu verkehren und fast alle ohne Ausnahme sind Annexionisten. Selbst Genossen, die für Politik Viehweidens schwärmen, wollen weder Belgien noch sonst ein besetztes Gebiet herausgeben. Bei einem siegreichen Deutschland würden, sofern Annexionen von der Urabstimmung unserer Parteimitglieder abhängen, sicherlich 90% für Annexionen stimmen, die aus demselben zurückgelehnten wohl repräsentativ.“

Diese Darlegungen Leimpeters werden bestätigt durch Auslassungen des derzeitigen Selbstherrschers von Bayern, Kurt Eisner, am 29. November 1918 durch den Ausspruch: „Die deutsche Sozialdemokratie ist nach Ausbruch des Krieges zu einer siegestrunkenen Verleugnung aller internationalen Ideale übergegangen.“

In seiner verdorbenen Ideologie hat Eisner diese seiner Partei zum Vorwurf gemachten Fehler dadurch wieder gutzumachen versucht, daß er als Selbstherrscher fremden Einflüsterungen folgend den Feinden Kriegsdokumente in die Hand lieferte. Die feindlichen Gegner sind damit keineswegs verhöhnt gestimmt worden, sie sehen vielmehr diese Dokumente an als ein Bekenntnis der deutschen Schuld und benutzen sie dazu, dem deutschen Volke weitere schwerbeherrschende Forderungen aufzulegen. Wäre die Sozialdemokratie auf ihrem bei Ausbruch des Krieges eingenommenen Standpunkt bis zum Ende stehen geblieben, hätte sie weniger an die rote Internationale geglaubt und auf sie ihre Hoffnungen gesetzt, es würde für wahrer besser um Deutschland. Die Sozialdemokraten haben allen Grund, beiderseits aufzutreten, denn zielbewußt und weitansichtig haben sie im Kriege nicht gehandelt. P. S.

Die Arbeitsgemeinschaft.

Dem Abkommen zwischen den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden vom 15. November, welches bindende Bestimmungen über die Regelung der Arbeitsverhältnisse enthält, ist ein neues Abkommen gefolgt, welches von ungemein großer Bedeutung ist.

Das neue Abkommen zwischen den Organisationen der Arbeitgeber und den Organisationen der Arbeiter geht dahin, alle Fragen (also nicht nur die Fragen des Arbeitsverhältnisses), welche die Industrie und das Gewerbe betreffen, auf dem Wege gegenseitiger Verständigung zur Lösung zu bringen. Es handelt sich also um eine auf freier Vereinbarung beruhende paritätische Arbeitsgemeinschaft der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Dieses Abkommen ist von ungemein großer Bedeutung. Die großen Aufgaben, welche besonders mit dem Zusammenbruch unseres Wirtschaftslebens verbunden sind, sollen in gemeinsamer Arbeit von den Arbeitgeberverbänden

und Gewerkschaften ihrer Lösung entgegengeführt werden. Damit sind der praktischen Anerkennung der Gewerkschaften die Tore weit geöffnet worden. Es ist dieses ein Lichtblick in unserer gegenwärtigen, durch traurige Vorkommnisse allerlei Art, so sehr verdunkelten Zeit. In der Einleitung der angenommenen Satzungen heißt es: „Durchdrungen von der Erkenntnis und der Verantwortung, daß die Wiederaufrichtung unserer Volkswirtschaft die Zusammenfassung aller wirtschaftlichen und geistigen Kräfte und allseitiges einträchtiges Zusammenarbeiten verlangt, schließen sich die Organisationen der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und der Arbeitnehmer zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammen.“ Als Organe dieser Arbeitsgemeinschaft sind vorgesehen: Der Zentralvorstand und der Zentralausschuß; ferner die Fachgruppen mit Gruppenvorstand und Gruppenausschuß und endlich die Untergruppen mit Untergruppenvorstand und Untergruppenausschuß. Sämtliche Organe sollen paritätisch zusammengesetzt sein. Die Fachgruppen können für jeden selbständigen Industrie- und Gewerbe-zweig gebildet werden. Innerhalb der Fachgruppen können für bestimmte Abzweigungen Untergruppen errichtet werden. So könnte sich z. B. die Fachgruppe für Textilindustrie wieder durch Bildung von Untergruppen für die einzelnen Zweige der Industrie weiter zergliedern. (Baumwolle, Wolle, Seide, Leinen, Jute etc.) Die Gründung, bezw. die Spitze des Ganzen bildet der Zentralausschuß und Zentralvorstand. Vorgesehen ist, daß dem Zentralausschuß für je 100 000 beschäftigte Arbeiter je ein Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter angehören soll. Es würden da, nach dem heutigen Stande der Beschäftigung, von jeder Seite etwa 110 Vertreter in Frage kommen. Man kann hier von einem deutschen Industrieparlament reden.

Mit dieser Arbeitsgemeinschaft ist eine Einrichtung geschaffen, die unerreicht in der ganzen Welt dasteht. Es ist unser dringender Wunsch, daß die Arbeitsgemeinschaft ihren Zweck voll und ganz erfüllen möge. Dieser Zweck ist in § 1 der Satzung wie folgt festgelegt:

„Die Arbeitsgemeinschaft bezweckt die gemeinsame Lösung aller die Industrie und das Gewerbe Deutschlands berührenden wirtschaftlichen und sozialen Fragen, sowie alle sie betreffenden Gesetzgebungs- und Verwaltungsangelegenheiten und zwar unter billigem Ausgleich der Interessen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer.“

Nach einer anderen Seite hin ist die Bildung dieser Arbeitsgemeinschaften sehr bedeutsam und wegweisend für die Zukunft. Sie bedeutet einen Siegeszug des Organisationsgedankens. Was in Zukunft nicht organisiert ist, hat auf die Gestaltung der Dinge keinen Einfluß mehr. Daraus gilt es die nötige Lehre dahin zu ziehen, daß alle Arbeiter und Arbeiterinnen der gewerkschaftlichen Organisation anzugehören haben.

Mehr „Rechtsbeamte“

Für unsere christliche Gewerkschaftsbewegung verlangte bereits vor längerer Zeit Herr Professor Röhr in einem besonderen Artikel im „Zentralblatt“. Herr Röhr geht davon aus, daß der jetzige Aufschwung der christlichen Gewerkschaften zu einem dauernden Aufschwung gemacht werden müsse. Die sozialpolitische Gesetzgebung sowohl, wie auch die sonstigen gesetzlichen Fragen seien mit der Zeit immer mehr kompliziert geworden und greifen in das ganze Leben des Arbeiters in mannigfaltiger Weise ein. Da ist ein tüchtiger „Beamtenstab“ mit besonderen Rechtskenntnissen von großer Bedeutung für die christliche Gewerkschaftsbewegung. Röhr schreibt u. a. darüber:

1. Die sozialpolitische Gesetzgebung hat allmählich einen Umfang erreicht, daß sie im Leben eines jeden Arbeiters tagtäglich eine Rolle spielt. Ohne eine gute Rechtsberatung durch die Funktionäre unserer Bewegung kann sie aber nicht voll zugunsten der letzteren ausgenutzt werden. Man denke nur an die Millionen von Ansprüchen, die alljährlich gegen die Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung geltend gemacht werden müssen. Wie viele dieser Ansprüche gehen verloren, wenn dem Berechtigten, der doch häufig genug in diesen Dingen sich nicht auskennt, ein laudiger Vertreter der Bewegung zur Seite tritt? Man denke weiter an die Millionen von Ansprüchen aus dem Arbeitsvertrage, die nicht nur alljährlich, sondern tagtäglich entstehen. Wieviel Unrecht muß da der Arbeiter über sich ergehen lassen, weil er zwar das Gesetz für sich hat, aber niemanden, der es für ihn in Anwendung bringt? Man denke an die zahlreichen Liebertreibungen der Arbeiterrechtsbestimmungen, die niemals geföhrt und deshalb zu liegenden Gewohnheiten werden, weil die Funktionäre der Bewegung nicht genügend scharf aufgeben oder sich mangels Kenntnis der einschläglichen Wege nicht zu helfen wissen. Man erinnere sich weiter, in wie vielen Fällen aus dem gleichen Grunde dem Arbeiter als Mieter, als Steuerzahler, als Hauskäufer, als Strafverfolgter nicht geholfen wird. Kurz und gut, will die christliche Gewerkschaftsbewegung ihrer Aufgabe gegen über den Mitgliedern gerecht werden, so kann sie eines tadellos funktionierenden Rechtsberatungsapparates nicht entbehren. Und diesen hat sie bis heute noch nicht.

2. Mag ich allein die Anwendung und Ausnützung der bestehenden Gesetze im Interesse der Mitglieder die Forderung nach einem sorgfältig juristisch ausgebildeten und arbeitenden Beamtenstab rechtfertigen, so gewinnt diese Forderung noch ganz erheblich an Bedeutung im Hinblick auf die Gesetzgebung. Schon der Teil der Gesetzgebung, den wir als den sozialem zu bezeichnen pflegen, kennt keine Ruhe und keinen Stillstand. Hunderte von Fragen kommen, und jeder Tag gebiert neue. Darüber hinaus bricht sich innerhalb der Arbeiterchaft immer mehr die Erkenntnis Bahn, daß wir nicht nur an der sozialpolitischen Gesetzgebung interessiert sind, sondern in das gesamte Wirtschaftsleben des modernen Staates, mit allen seinen Teilen irgendwo oder irgendwie verflochten

sind. Strafgesetzgebung, Zivilprozessordnung, Landwirtschaftliche Gesetze, Enteignungsverfahren, Münzwesen, diplomatischen Dienst, Heeresgesetze, Bundesratsbeschlüsse — wo immer wir zugreifen, die Arbeiterchaft ist interessiert. Und wie will sie ihre Interessen in vollem Umfange wahrnehmen, wenn sie nicht Männer unter sich hat, die „das Juristische im Griff haben“? Gewiß, es ist von christlichen Gewerkschaftlern auch bisher schon erfolgreich auf dem Gebiete der Gesetzgebung mitgearbeitet worden. Aber es war nicht genügend. Man möge mich im Interesse der Bewegung nicht nach Beweisen für meine Behauptung fragen. Sie liegen leider allzu reichlich vor. Diejenigen aber, die absolut etwas wissen wollen, will ich auf ein Wort verweisen, das vor kurzem einer unserer hervorragenden Sozialpolitiker gegenüber einem führenden Manne aus unseren Reihen geäußert wurde: „Die Abgeordneten der Bauern machen in erster Linie Bauernpolitik, aber Ihre Abgeordneten machen nicht immer in erster Linie Arbeiterpolitik.“ Das Wort ist nicht nur wahr, sondern auch berechtigt, und daß es berechtigt ist, beruht nicht zum mindesten auf das Zutun an juristischem Gehalt in unserer Bewegung, der leider durch Widerspruch gegen diese Feststellung nicht ausgeglichen wird.

Röhr weist zum Schluss noch darauf hin, daß die sozialdemokratische Bewegung sich die Heranbildung guter Rechtsbeamte besonders was kosten lasse. Ohne Zweifel hat hiermit Herr Röhr ein Gebiet berührt, welches der größten Beachtung seitens der christlichen Gewerkschaften bedarf.

Allgemeine Rundschau.

Die Arbeit ist unsere Rettung.

Wichtige Mahnworte hat der Staatssekretär des Demobilisationsamtes, Koeth, kürzlich gesprochen. Der Staatssekretär führte u. a. aus:

„Es scheint, daß die meisten von uns sich den furchtbaren Ernst unserer wirtschaftlichen Lage noch nicht hinreichend klar machen. Wir wandeln an abgründen, die uns täglich zu verschlingen drohen, und nur größtes Pflichtbewußtsein, stärkste Arbeitsanpannung, eiserne Disziplin aller Können das Volk retten. Selig ist es uns nicht, der Volksgemeinschaft Nahrung, Licht, Wärme, Unterkunft, Kleidung zu sichern, sie trotz der ungeheuren erschwerenden Verhältnisse überall ohne Unterbrechung mit dem zu versorgen, was sie dringend zum Leben braucht, dann sind wir verloren, dann haben wir zuerst Hunger, Armut, Bürgerkrieg, Zerfall des Reiches und nachher die Invasion rüchichtsloser Feinde.“

Jeder Mann muß wissen, daß er jetzt ganz persönlich die Mitverantwortung trägt für Sein oder Nichtsein unseres Volkes und in erster Linie auch seiner selbst.

Vor allem muß jeder arbeiten, sonst gehen wir zugrunde. In der letzten Zeit ist vielfach die Arbeitsleistung gesunken. Das ist im Angesicht der ungeheuren Ereignisse degreiflich, aber wir können es uns einfach nicht leisten. Jeder muß sich aus Erregung, Ableitung oder Unlust herausreißen und unermüdet seine Pflicht tun. Wenn z. B. ein Arbeiter, der Rohstoffe, Halbfabrikate oder Nahrungsmittel erzeugt oder Transporte bewegt, nicht mithilft, dann kann das bedeuten, daß an anderen Stellen Volks- und Arbeitsgenossen brotlos werden, hungern, frieren. Es müssen auch jetzt Arbeitsstellen unbedingt vermieden werden; jeder Streik kann uns unmittelbar in die Katastrophe hineintreiben. Wenn wir keine Kohle mehr haben, weil die Kohlenarbeiter streiken, liegen die Betriebe still, ruht der Eisenbahnverkehr. Wenn wir keine Lebensmittel und keine Heizstoffe mehr besorbern. Das wäre das Ende, wäre der Tod für die Volksgemeinschaft und für zahllose einzelne Volksgenossen. Es wird jetzt auch nicht gestrikt werden müssen, denn die Vertretungen der Arbeiter sind heute stark genug, um jede wirtschaftlich überhaupt mögliche Forderung durchzusetzen.

Auf jeden kommt es heute an; jeder kann mitwirken, das Volk zu retten, oder kann dazu beitragen, es in unglückliches Elend hinabzustößen. Ich glaube an die deutschen Arbeiter, ich glaube, daß sie beonnen, pflichttuen und unermüdet auf der Not von heute dem Volke zu einer besseren Zukunft helfen werden.“

Die Sozialisierungskommission.

welche untersuchen soll, inwieweit Betriebe für die Volksgemeinschaft in Frage kommen, hat ihre Arbeiten begonnen. Auf den Einspruch der Unabhängigen ist Walter Rathenau aus der Kommission ausgeschieden. An Männern des praktischen Lebens gibt es in der Kommission nur noch den Bergarbeiterführer Hue. Die übrigen Mitglieder der Kommission sind Theoretiker. Bei dieser Zusammenfassung kommt die Praxis nicht genügend zur Geltung. Die Arbeiten dieser Kommission sind von ungeheurer Wichtigkeit und Tragweite. Das Verlangen ist daher berechtigt, daß auch die Praxis ausreichend zur Geltung kommt. Bekanntlich hat der Deutschdemokratische Gewerkschaftsbund, dem auch der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften angeschlossen ist, in seinem provisorischen Aktionsprogramm unter Punkt 5 gefordert: „Organische und planmäßige Sozialisierung unserer Wirtschaft unter Aufrechterhaltung der persönlichen Initiative und Tüchtigkeit, sowie der Weltkonkurrenzfähigkeit.“ Diese Forderung trifft ohne Zweifel das Richtige, zeigt andererseits aber auch die Schwierigkeit des Problems. Planmäßiges Vorgehen, nicht überstürztes Handeln und plötzliches Umkrempeln, wie es von radikaler Seite verlangt wird. Letzteres wäre der Tod unseres Wirtschaftslebens.

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Wohin treiben wir? — Die Sozialdemokratie im Weltkrieg. — Die Arbeitsgemeinschaft. — Mehr „Rechtsbeamte“. — Allgemeine Rundschau: Die Arbeit ist unsere Rettung. — Die Sozialisierungskommission.

Verantwortlich für die Schriftleitung: J. Müller, Krefeld.